

Fachtagung Inklusion „Nichts über uns, ohne uns!“



**Dokumentation der Fachtagung
am 13. Januar 2017**

**Partizipation von Menschen
mit Behinderung**



Inhalt

1. Fachtagung Inklusion „Nichts über uns, ohne uns!“	4
2. Fachimpulse im Überblick	7
7.1 Interview "10 Minuten nach dem Beratungsgespräch"	15
Alter w/m	15
Was gefällt mir nicht?	15
Alter w/m	15
3. Diskussions-Café.....	19
4. Ergebnisse der Thementische.....	32
5. Informationen	36
5.1 Artikel 29 — Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben	36
5.2 Maßnahmen aus dem Inklusionsplan der StädteRegion Aachen.....	37
5.3 Inklusion – wie wir sie verstehen.....	37
5.4 Aufgabenschwerpunkte, Instrumente und interne Strukturen zur Umsetzung des Inklusionsprozesses	38
5.5 Ansprechpartner	39
5.6 bisherige Veranstaltungen und Dokumentationen	39

1. Fachtagung Inklusion „Nichts über uns, ohne uns!“

Eine wichtige Forderung der UN Behindertenrechtskonvention ist die Partizipation der Menschen mit Behinderung: „Nichts über uns, ohne uns!“.

Viele Gesetze in Deutschland wurden schon entsprechend geändert. Auch mit dem neuen Bundesteilhabegesetz wird dies geschehen. Reicht das aus, um Partizipation von Menschen mit Behinderung in ihrem Lebensumfeld zu gewährleisten?

Partizipation fängt mit Beobachtung und Information an. Nur wer weiß was passiert, kann sich eine Meinung bilden. Sind diese Informationen aber für alle barrierefrei erreichbar (im Internet, in Brailleschrift, in Gebärdensprache, in Leichter Sprache usw.)? Sind es die richtigen Informationen, die ankommen? Und wie kann eine Mitbestimmung erfolgen? Reichen Teilhabe und Teilnahme aus?

Auf unserer Fachtagung Inklusion „Nichts über uns, ohne uns!“ haben wir uns mit diesen Fragen beschäftigt.

Es wurden Ergebnisse einer Studie zur Partizipation auf kommunaler Ebene vorgestellt und Grundlagen der Partizipation erläutert.

Im anschließenden Diskussions-Café wurden, unterstützt von fachkundigen Moderatoren/innen gemeinsam mit den Besucher/innen, diese Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln kritisch betrachtet.

Unser Fachtag fand am 13. Januar 2017 von 9:30 – 14:00 Uhr in dem Mediensaal im Haus der StädteRegion Aachen statt. Die Veranstaltung wurde durch die Dezernentin für Soziales und Integration der StädteRegion Aachen, Frau Prof. Dr. Edeltraud Vomberg eröffnet.

Die Ziele dieser Veranstaltung waren:

- Erfahrungen und Erlebnisse von Betroffenen und Akteuren sammeln
- Identifizieren von positiven Aktivitäten, Entwicklungen und Ressourcen, Schwierigkeiten und Widerständen, Maßnahmen, um dem Ziel "Umsetzung der UN-BRK" näher zu kommen
- Raum und Anstoß schaffen für Kommunikation und Vernetzung
-

Zum Teilnehmerkreis gehörten:

- Bürger/innen mit und ohne Behinderung
- Fachleute
- Vertretungen der Kommunen
- Selbsthilfegruppen
- Behindertenverbände
- Wohlfahrtsverbände

- Vertreter aus der Politik
- Vereine
- Interessierte

Der Programmablauf war folgender:

09:30 Uhr Begrüßung durch Prof. Dr. Edeltraud Vomberg, Dezenternin für Soziales und Integration bei der StädteRegion Aachen



09:45 Uhr Vorstellung des Projektes "Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in den Kommunen stärken" der LAG Selbsthilfe NRW e.V., Matthias Kempf (Universität Siegen)



10:20 Uhr Impulsreferat „Politische Beteiligung von Menschen mit Behinderung – Anspruch und Wirklichkeit“ von Dr. Maria Lüttringhaus (Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case-Management)



11:00 Uhr Kaffeepause

11:30 Uhr Diskussions-Café mit den Thementischen:

Inklusionsbeirat

„Wie kann politische Beteiligung aussehen: Verbandslobbyismus oder Parteiarbeit?!“

Moderation:

Eva Malecha (Vorsitz) und

Jörg-Michael Sachse-Schüler (stell. Vorsitz)



Behinderten- und Inklusionsbeauftragte:

„Wie sieht es in den Kommunen aus?!“

Moderation:

Ingeborg Jansen (Stadt Aachen),

Lukas Franzen (Stadt Stolberg),

Hartmut Buchbinder (StädteRegion Aachen)



Aachener Medienlandschaft:

„Wie sieht die Beteiligung in den Medien aus? Betroffenheit, Mitleid, Vorzeige ... immer in Sonderrollen?“

Moderation:

Michael Grobusch (Aachener Zeitungsverlag)



Partizipation im Wohnort:

„Beteiligung in der Quartiersarbeit“

Moderation:

Dr. Maria Lüttringhaus und
Astrid Taube (StädteRegion Aachen)



Partizipation auf kommunaler Ebene:

„Wie unterstützt das Land NRW die Partizipation in den Kommunen?“

Moderation:

Matthias Kempf (Universität Siegen)



13:00 Uhr Ergebnisse der Thementische (Moderator/-innen)

Zusammenfassung:

Bettina Herlitzius (StädteRegion Aachen)



13:30 Uhr Kleiner Imbiss, Netzwerken und geselliges Beisammensein

14:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Erfreulicherweise hat das Thema des Fachtages ein großes Interesse geweckt, so dass wir uns über 150 Anmeldungen freuen konnten. Durch die schlechten Witterungsverhältnisse haben sich dann leider doch einige Veränderungen in dem von uns geplanten Tagesablauf ergeben. Schade war, dass nicht alle angemeldeten Teilnehmer und Moderatoren das Haus der StädteRegion erreichen konnten. So fehlten die Herren Buchbinder und Sachse-Schüler an den Thementischen.

Erfreulicherweise konnten wir Frau Britta Möwes von der LAG Selbsthilfe NRW e.V. begrüßen und sie konnte so Ihren Verein und das Projekt gemeinsam mit Herrn Kempf vorstellen.

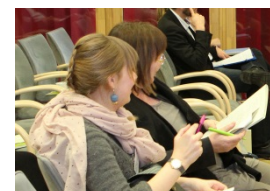
Ebenso konnten wir einen zusätzlichen Thementisch für das Diskussion-Café öffnen.

Thema:

Partizipation im persönlichen (Wohn-)Umfeld:

„Wie sehen Partizipationsmöglichkeiten in Schulen aus? Was für Partizipationsmöglichkeiten sind im eigenen Wohnumfeld bekannt? Was wird sich gewünscht?“

Moderation: Antje Rüter und Lucie Stern-Plümer (StädteRegion Aachen)



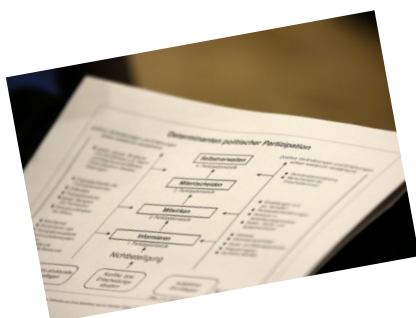
2. Fachimpulse im Überblick

- Vorstellung des Projektes "Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in den Kommunen stärken" der LAG Selbsthilfe NRW e.V., Britta Möwes (LAG Selbsthilfe NRW e.V.) und Matthias Kempf (Universität Siegen)



- Impulsreferat „Politische Beteiligung von Menschen mit Behinderung –Anspruch und Wirklichkeit“ von Dr. Maria Lüttringhaus (Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case-Management)

Frau Dr. Lüttringhaus verteilte ergänzend zu ihrem Vortrag Unterlagen, siehe die folgenden Anlagen Seite 8 bis einschließlich Seite 18.



Aus: Lüttringhaus, M./Richers, H. (HG):

Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Stiftung Mitarbeit, Bonn 2003.

Maria Lüttringhaus

2.2 Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer

Grundvoraussetzungen für Aktivierung und Partizipation

Aktivierung und Beteiligung stehen derzeit – zumindest programmatisch – hoch im Kurs. Bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch so manche Tücken: Da werden Veranstaltungen perfekt durchorganisiert und degradieren Beteiligung zur Verkaufsveranstaltung. Beteiligung sieht dann oft so aus, dass mit Powerpoint-Demonstrationen die Leute plattgebeamt, mit Overheadprojektoren geblendet oder mit der Aufgabe, Moderationskärtchen zu kleben, schlichtweg überfordert werden.

Und selbst die Aktivierende Befragung verkommt mancherorts zum einmaligen aktivistischen Happening, das sich in einer Hochglanzbroschüre gut vermarkten lässt – selbst wenn die Akteure kurze Zeit später bereits das Weite gesucht haben. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – und eine Aktivierende Befragung allein bringt den Stadtteil nicht auf Trab.

Die folgenden Ausführungen sollen Hinweise liefern, um die Ausgangslage für Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse einschätzen zu können. Sie zeigen Faktoren auf, die Menschen – trotz einer wunderbar organisierten und durchdachten Aktivierenden Befragung – oftmals daran hindern, aktiv zu werden.

Zu den Aufgaben sozialraumorientierter Arbeit gehört es, die Ausgangslage für Beteiligungsprozesse nicht nur zu analysieren, sondern darüber hinaus an der Verbesserung dieser Situation zu arbeiten. Geschieht dies nicht, werden die vorhandenen Schwellen der Aktivierung akzeptiert und gerade ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen weiter ausgegrenzt.

Dann heißt es – wie so oft angesichts mangelnder Teilnahme an einer Versammlung – nach einer Aktivierenden Befragung: »Die Leute hatten keine Lust mitzumachen«.

Bei derartig verkürzten Analysen über geringe Beteiligungsquoten werden die Zugangsvoraussetzungen ignoriert. Wer Beteiligung fördern will und Beteiligungsmöglichkeiten schafft, dabei jedoch den Status Quo der Ausgangslage hinnimmt, akzeptiert einen »sozialdarwinistischen Filter« (Emig 1995) mit gesellschaftlichen Folgen: Wer sich Engagement leisten kann, bestimmt über die mit, die nicht können oder wollen.

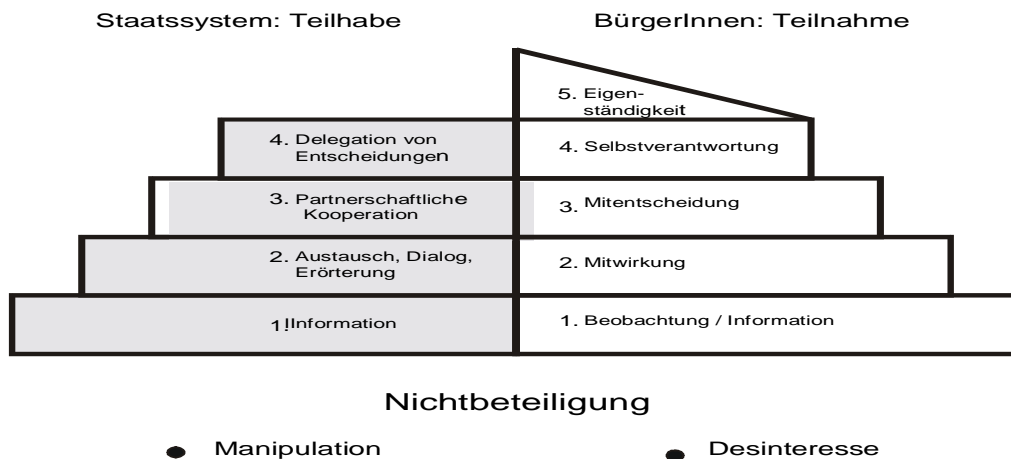
Es darf dementsprechend nicht darum gehen, durch eine Akzeptanz der Zugangsschwellen die sich ohnehin kontinuierlich hochschaukelnde »Spirale der Benachteiligung« zu verstärken und damit soziale Spaltungsprozesse zu forcieren.

Soziale Arbeit kann stattdessen darauf achten – parallel zu Aktivierenden Befragungen und der Organisation von Partizipationsforen – die Voraussetzungen bei den Bewohner/innen zu befördern, um aktiv zu werden. Im folgenden sollen zunächst kurz die Stufen von Partizipation und dann die Vielfalt fördernder und behindernder Faktoren benannt werden, um Hinweise für die Arbeit zu liefern, die parallel zur Aktivierungsarbeit notwendig ist, um Partizipation nachhaltig zu fördern.

Stufen der Partizipation

Zur systematischen Einordnung von Partizipation als Ergebnis der *Teilhabegewährung* der Entscheidungsträger/innen (z.B. Politik) und der *Teilnahme* eines interessierten Personenkreises (z.B. Bürger/innen), schlage ich das folgende Stufenmodell vor, das in Anlehnung an Wickrath (1992) entwickelt wurde (s. dazu ausführlich Lüttringhaus 2000):

Stufenmodell der Partizipation



Das Modell kann hilfreich sein, um bei der Förderung von Partizipation Fehleinschätzungen zu vermeiden (z.B. zuviel zu versprechen) und im Vorfeld zu klären, welche Stufe von Partizipation aufgrund der jeweiligen politischen Rahmenbedingungen (z.B. Gesetze; Bereitschaft der Entscheidungsträger/innen usw.) und der eigenen Potentiale (z.B. Protestpotential) möglich ist und angestrebt wird.

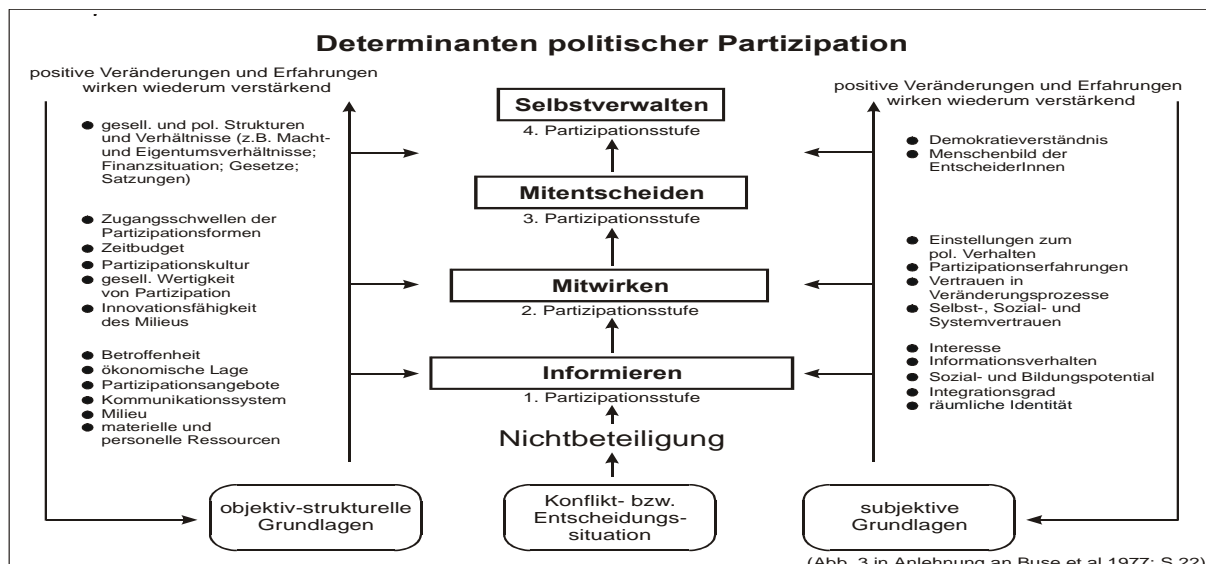
Grundvoraussetzungen politischer Partizipation

Das nächste Modell zeigt nun wesentliche Faktoren auf, die helfen können das jeweilige Potential an Partizipationsbereitschaft einordnen zu können. Damit werden auch die Punkte aufgezeigt, die durch eine langfristig angelegte soziale Kommunalpolitik (u.a. durch Gemeinwesenarbeit bzw. Quartiermanagement) verändert werden können, um die Chancen zur Teilnahme am öffentlichen Geschehen zu verbessern (s. dazu ausführlich Lüttringhaus 2000).

Ich möchte zeigen, dass eine Vielzahl einzelner Faktoren aufeinander aufbauen bzw. sich gegenseitig beeinflussen und tendenziell die jeweils nächste Stufe des Partizipationsprozesses mitbestimmen.

Den Ausgangspunkt für Partizipationsprozesse bildet zunächst eine Sachlage, in der zwei oder mehrere miteinander konkurrierende *Entscheidungsalternativen* bestehen, die einen Aushandlungs- bzw. Partizipationsprozess erfordern (vgl. ebd., S. 20). Das Partizipationsverhalten auf den vier Partizipationsstufen wird jeweils durch subjektive und objektiv-strukturelle Grundvoraussetzungen (Determinanten) bedingt, die sich wechselseitig beeinflussen und jeweils eine wichtige Grundlage bilden für den Übergang von einer Teilnahmeform zur nächsten. Das Modell räumt mit der nicht selten anzutreffenden Vorstellung auf, man könne durch die Veränderung eines Faktors – beispielsweise durch eine einmalige gezielte niederschwellige Aktivierung – die Teilnahmebereitschaft dauerhaft steigern. Es verdeutlicht somit die Komplexität und Verwobenheit der Faktoren und kann – mit Blick auf Partizipationsprozesse – übertriebene Erwartungen Sozialer Arbeit dämpfen. Es unterstreicht stattdessen die Notwendigkeit einer langfristig angelegten sozialen Kommunalpolitik auf vielen Ebenen, um Ausgrenzung zu minimieren. Ich möchte betonen, dass das Modell teilweise eine Linearität und Universalität suggeriert, die es in dieser strikten und reduzierten Form nicht gibt. Die hier gewählte Systematik soll lediglich zur groben Systematisierung dienen¹.

¹ Die hier entwickelte Grafik wurde angeregt durch eine Grafik von Buse et al 1977, S. 22 und wurde in wesentlichen Punkten verändert und ergänzt.



a) Grundvoraussetzungen für die erste Partizipationsstufe

»Informieren«

Ob Aktionsbereitschaft entstehen kann, ist von folgenden Faktoren bestimmt:

Betroffenheit als handlungsauslösendes Moment kann sowohl durch die Verschlechterung (*negativer Betroffenheit*), aber genauso auch durch die Verbesserung einer Situation (*Nutznießung*) ausgelöst werden (s. Holln 1978, S. 110).

Die weiteren subjektiven partizipationsfördernden Faktoren wie das *persönliche Interesse* und *Informationsverhalten* und der daraus resultierende *Wissensstand* über das Thema sind der zentrale Auslöser für Teilnahme (vgl. Buse et al. 1977, S. 290).

Dies ist aber sehr eng mit den Bildungsvoraussetzungen der Betroffenen verknüpft, da es sich gezeigt hat, dass der *Bildungsgrad* die wichtigste Variable für Aktionsbereitschaft ist (Franz 1989, S. 221f.).

Partizipationsbarrieren bilden mangelnde *Fähigkeiten*, die *Komplexität* von anstehenden Entscheidungen zu erfassen, fehlendes *Abstraktionsvermögen* sowie *Artikulationsschwierigkeiten*. Der letztgenannte Punkt betrifft aber nicht nur benachteiligte Bevölkerungsgruppen, sondern ebenso auch Planungseliten (vgl. Rinke 1984, S. 68ff.; Herlyn 1972, S. 236). Diese Bildungsfaktoren sind wiederum eng gekoppelt an den strukturellen Faktor der *ökonomischen Lage*, die die Wahrnehmung und Interpretation eines Sachverhalts beeinflusst.

»Unser »soziales Kapital« ist ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zum »ökonomischen Kapital.« (Keupp 1995, S. 55; s. Rinke 1984, S. 91f.)

Der Prämisse Schulzes (1996, S. 39), dass Demokratie den Menschen nur dann am Herzen liegt, wenn deren ökonomische Lage kritisch ist, widersprechen zahlreiche Befunde, dass gerade überwiegend diejenigen aktiv sind, die sowohl ökonomisch als auch in biographischen Krisen abgesichert sind (vgl. Backhaus-Maul/Brandhorst 1997, S. 10).

Unabhängig von der ökonomischen Situation und dem Bildungsgrad jedes Einzelnen bildet das *Milieu* eines Quartiers eine wichtige Determinante politischer Partizipation. Die damit verbundenen Leitvorstellungen prägen die Werteorientierungen und Handlungsmuster und spiegeln sich dementsprechend auch in der Bewertung von Partizipation wider.

Mit Blick auf die relevanten Milieufaktoren sieht Strohmeier (1996, S. 4f.) zudem in der *Eingebundenheit in lokale soziale Netzwerke* einen wichtigen partizipationsfördernden Faktor, wobei aber lokale Netzwerke durchaus nicht nur partizipationsverstärkend wirken können, sondern z.B. bei starken negativen Einstellungen zum politischen Verhalten auch das Gegenteil bewirken können.

Bedeutsam für politische Partizipationsprozesse ist des Weiteren der *gemeinsame politische Raum in sozialem und geographischem Sinn* und die *örtlichen Integration* sowie die *lokale Identität* (Schulze (1996, S. 35ff.). Lokale Identität regt an, sich mit anderen Betroffenen über politische Ereignisse auszutauschen und fördert die Grundlagen für die Wahrnehmung als erste Stufe der Partizipation.

b) Grundvoraussetzungen für die zweite Partizipationsstufe

»Mitwirkung«

Förderlich für die aktive Mitwirkung ist ein *kommunikations- bzw. beteiligungsfreundliches partnerschaftliches Klima* durch das politisch-administrative System.

»Wenn solch ein partizipationsaffines Klima herrscht, das die aktive Beteiligung des Bürgers an den anstehenden ihn betreffenden Entscheidungen vorsieht ... kann eine Erhöhung der Partizipation in qualitativer und quantitativer Hinsicht erreicht werden.« (Buse et al. 1977, S. 292) Ein weiteres förderliches Kriterium bei Planungsprozessen ist die *Überschaubarkeit des Sachverhalts* und ein möglichst *frühzeitiges und fortlaufendes Beteiligungsangebot*. Die Qualität der politischen Partizipationskultur wird wesentlich beeinflusst durch persönliche *Partizipationserfahrungen* in Vereinigungen wie

beispielsweise in Vereinen, Parteien oder Gewerkschaften sowie durch *Vorläufer-Erfahrungen auf noch kleineren Partizipationsfeldern*, beispielsweise in der Familie oder am Arbeitsplatz, die einen »demokratischen Politisierungseffekt mit langfristigen Folgewirkungen« haben (Vilmar 1971, S. 52; Oel 1982, S. 157f.).

Ein besonderer partizipationsfördernder subjektiver Faktor ist – so Strohmeier (1996, S. 34f.) – das *Sozialvertrauen* als Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten oder die von anderen Personen. Rommelspacher (1996, S. 17ff.) bestätigt den Befund des mangelnden Selbst- und Systemvertrauens insbesondere bei Bewohner/innen in benachteiligten Regionen, weil das *soziale Klima*, das einen hochgradigen Einfluss auf das Aktivierungspotential hat, von Unsicherheit geprägt ist und somit das *Vertrauen in anstehende Veränderungsprozesse* und in die Zukunft nur gering ist (vgl. ebd., S. 18ff).

»Angesichts der reduzierten Bereitschaft der misstrauischen Akteure, überhaupt Interaktionen einzugehen, sind deshalb sehr lange Zeiträume zu veranschlagen, bis es zu einer Steigerung des Vertrauens- und der Partizipationsbereitschaft kommt.« (Strohmeier 1996, S. 34)

Dementsprechend sind *langfristige Förderungsstrategien* zu entwickeln und die Beteiligungsbereitschaft in diesen Milieus durch die Wahl von *vertrauten Formen der Zusammenkunft* zu fördern. Beteiligungsverfahren sollten daher entformalisiert werden und auf der lokalen Ebene flexibel aus den jeweiligen örtlichen Gepflogenheiten entwickelt werden.

c) Grundvoraussetzungen für die dritte und vierte Partizipationsstufe

»Mitentscheidung« und »Selbstverwaltung«

Der Verlauf des Entscheidungsprozesses und das Ergebnis hängen von den objektiv gegebenen *gesellschaftlich-politischen Strukturen und Institutionen* ab.

Zu den wesentlichsten Faktoren politischer Partizipation zählen dabei grundsätzliche strukturelle Bedingungen, wie die *rechtliche und finanzielle Abhängigkeit der Kommunen* und die *finanzielle kommunale Abhängigkeit vom ortsansässigen oder anzuwerbenden Gewerbe* (s. Oel 1982, S. 151). Von hoher Bedeutung ist des Weiteren der eher »weiche« Faktor des subjektiven *Demokratie- und Herrschaftsverständnis der Entscheidungsträger/innen*, das sich zwischen den Polen von hierarchischen und offen-kooperativen Politikformen bewegt (vgl. Buse et al 1977, S. 22).

Fazit

Eine aktivierende Befragung ist immer ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie muss eingebettet sein, in solides, langfristig angelegtes Konzept zur Unterstützung eines Quartiers, das weit über den sozialen Bereich hinausgehende Faktoren beinhaltet und auf Bedingungen Einfluss nimmt, die sich dem unmittelbarem Engagement selbst hochgradig aktiver Bürger/innen entziehen.

Literaturverzeichnis

Backhaus-Maul, H. / Brandhorst, A.: Risiken, Nebenwirkungen und Chancen. Kommunitarismusdebatte in den USA und in Deutschland. In: *Alternative Kommunalpolitik* 4/1997a, S. 36-38.

Buse, M. / Nelles, W. / Oppermann, R.: Determinanten politischer Partizipation: Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Meisenheim 1977.

Emig, D.: »Die wahre Demokratie ist unbequem« (Ernst Toller) – das Verhältnis von Politik und Verwaltung in den Neuen Steuerungsmodellen. In: *Alternative Kommunalpolitik* 6/1995, S. 32-35.

Franz, M.: Hilfe zur Selbsthilfe: Was ist Organisationsentwicklung? In: *Alternative Kommunalpolitik* 6/1995, S. 38-40.

Friedman, J.: *Planning in the public domain: From Knowledge to action*. New Jersey 1987.

Froessler, R. / Selle, K.: Die Erneuerung der »Dritten Stadt«: Aktivierung von Entwicklungspotentialen in benachteiligten Stadtquartieren – Werkbericht der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung. Dortmund 1989.

Herlyn, U.: Innenstadterneuerung und Beteiligung der Betroffenen: Ein Versuch in Göttingen. In: Lauritzen, L. (Hrsg.): *Mehr Demokratie im Städtebau*. Hannover 1972, S. 234-244.

Hinte, W.: Soziale Arbeit in lebensweltlichen Bezügen: Dialogmanagement statt naiver Parteilichkeit. In: ILS (Hrsg.): *Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst*. Dortmund 1997, S. 28-33.

Hinte, W.: Soziale Kommunalpolitik: Soziale Räume gestalten statt Elend verwalten. In: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit* 3/1996, S. 27-33.

Hollihn, F.: *Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß?* Baden-Baden 1978.

Keupp, H.: Solidarisch und doch frei – für eine kommunitäre Individualität. In: *Psychologie Heute* 7/1995, S. 50-55.

Lüttringhaus, M.: *Stadtentwicklung und Partizipation, Fallstudien aus Essen-Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt*. Stiftung Mitarbeit, Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 17; Bonn 2000.

Lüttringhaus, M.: Partizipation in benachteiligten Stadtteilen: Planung am »bunten Tisch« statt »grünem Tisch«. In: Eisen/ Ries/ Löns/ Homfeldt (Hrsg.): *Sozialen Wandel gestalten – Lernen für die Zivilgesellschaft*. Neuwied 2000, S. 213-229.

Oel, H.-U.: *Sozialräumliche Beziehungen und Bürgerbeteiligung in der Stadtteilentwicklungsplanung*. München 1982.

Offe, C.: Bewährungsproben – über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.): *Demokratie am Wendepunkt: Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts*. Berlin 1996, S. 141-157.

Ries, H. A.: Kontextuelles Lernen in der Gemeinwesenarbeit. In: Krebs, W. (Hrsg.): *Methodische Ansätze in der Gemeinwesenarbeit*. Auszüge aus der 8. GWA-Werkstatt 1995. Gelnhausen 1996, S. 70-79.

Rinke, R. G.: *Partizipation und sozial-räumliche Planung öffentlicher Institutionen*. Frankfurt/M. 1984.

Rommelspacher, T.: Einheit in der Differenz? Überlegungen zur Zukunft des Ruhrgebiets. In: *Kommunalverband Ruhrgebiet (Hrsg.): Standorte – Jahrbuch Ruhrgebiet 1995/1996*. Essen 1996, S. 17-23.

Schulze, G.: Die Wahrnehmungsblockade – vom Verlust der Spürbarkeit der Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Demokratie am Wendepunkt: Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin 1996, S. 33-51.

Strohmeier, K. P.: Alternativen zur politischen Partizipation durch Bürgerbeteiligung an der Aufgabenerfüllung: Kommunale Problemlösungsstrategien und Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips. Manuskript der Fakultät für Sozialwissenschaft/ Ruhruniversität Bochum, Bochum 1996 (veröffentlicht in: ders. / Gabriel, O. W. / Knemeyer, F.-L. (Hrsg.): Neue Formen politischer Partizipation – Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 136. Sankt Augustin 1997, S. 127–190).

Vilmar, F.: Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Neuwied 1971.

Wickrath, S.: Bürgerbeteiligung im Recht der Raumordnung und Landesplanung. Münster 1992.

Notizzettel: 10 Minuten Gespräch

Was gefällt Ihnen an.....?

Was stört Sie an.....?

Was für Ideen haben Sie für.....?

Interview "10 Minuten nach dem Beratungsgespräch"

Datum:.....

Dauer:.....

Gespräch mit:.....(bei Bedarf)

Straße:.....

Stadt/ Stadtteil/ Bezirk:

Thema:.....

Was gefällt mir?

Alter w/m

--	--	--

Was gefällt mir nicht?

Alter w/m

--	--	--

Ideen für Veränderung

Alter w/m

--	--	--

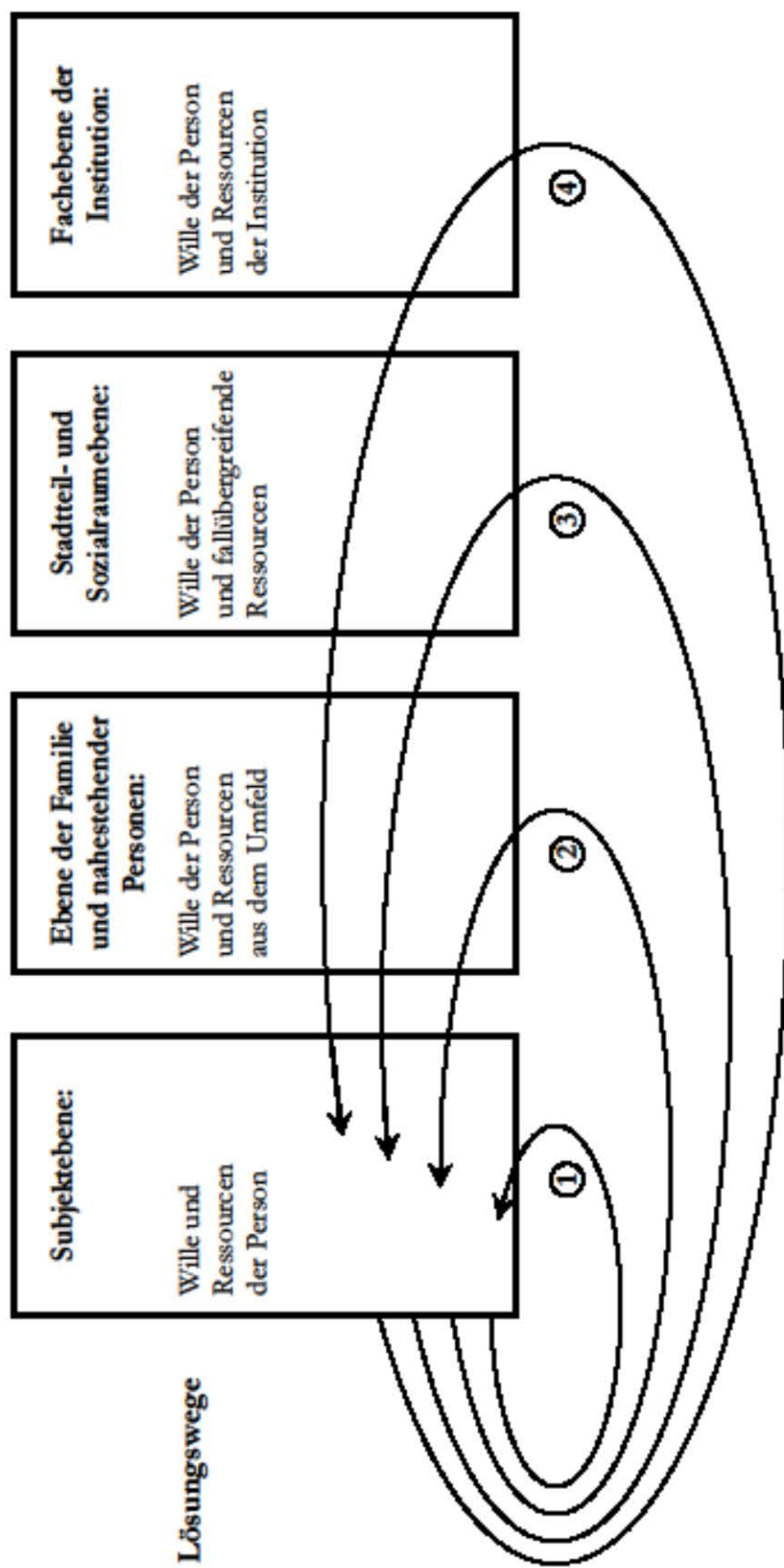
Wo würden Sie mithelfen / Welche Fähigkeiten können Sie einbringen?

Alter w/m

--	--	--

Sonstiges

Ressourcenorientierung

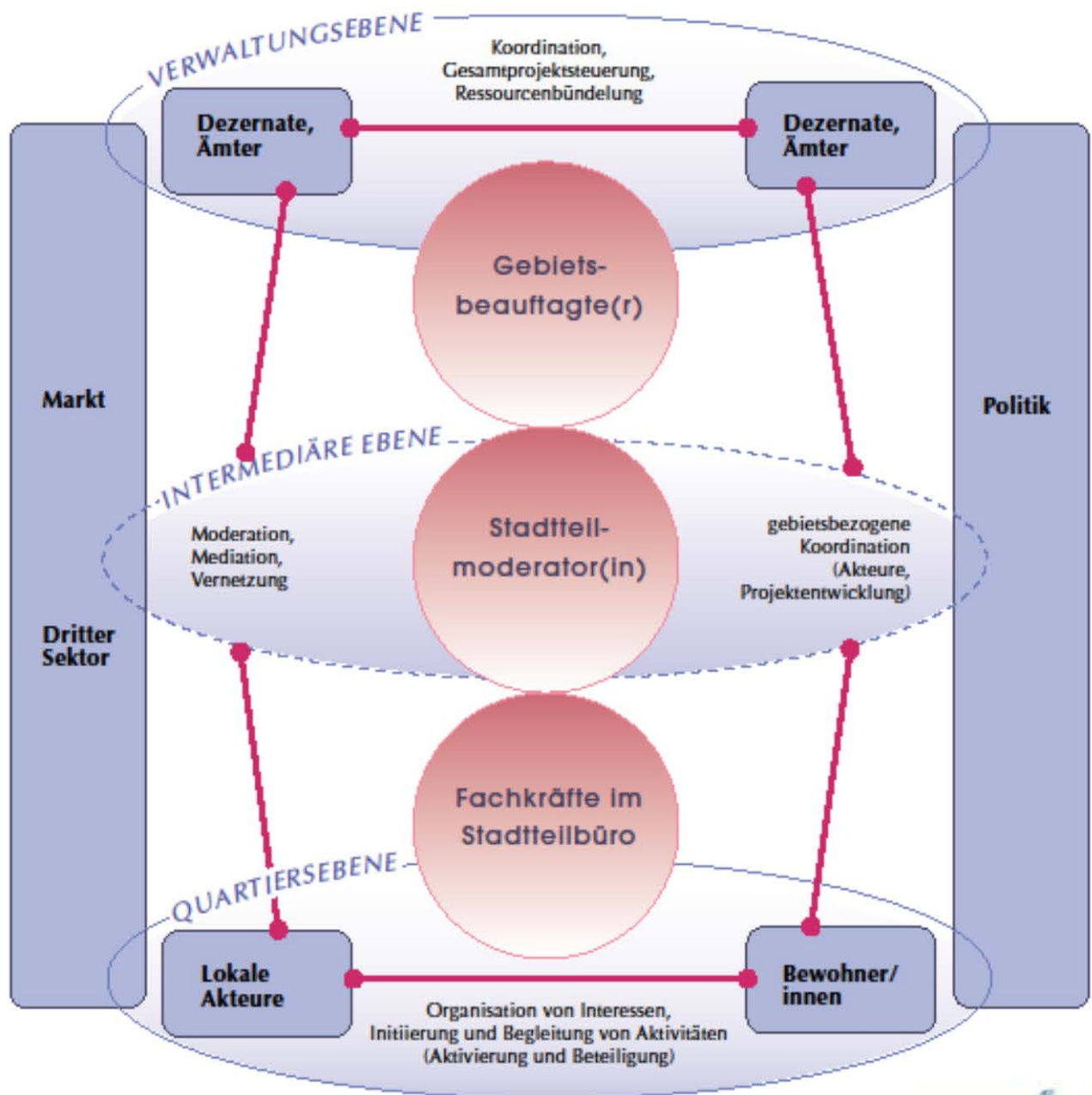


© Dr. M. Lüttringhaus, LüttringHaus / A. Streich, ISS AB, Essen 2004

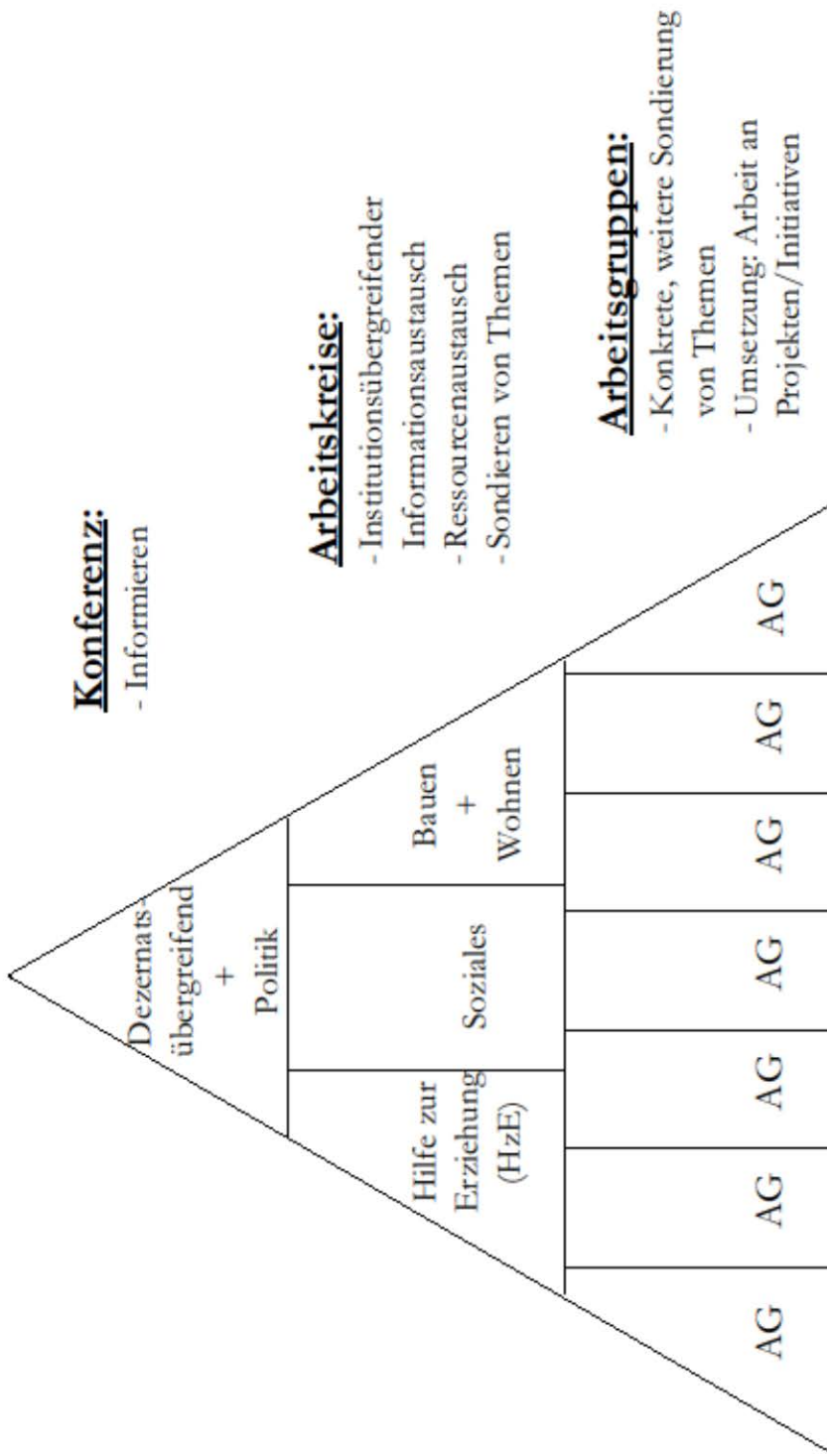


Quartiermanagement

Aufgabenbereiche und Organisation



3 Ebenen der Vernetzung im Sozialraum



© Dr. M.Lüttringhaus, LüttringHaus 2007

— Lüttring Haus

institut für sozialraumorientierung, Quartier- und Care-Management (QCC) | Gewinulstr.8-6 | 45144 Essen | Tel. 0201-287914 | info@luettringhaus.info



3. Diskussions-Café

Im Rahmen des Diskussions-Cafés wurden insgesamt 6 Thementische zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten gebildet. Die Zeit für das Diskussions-Café betrug insgesamt 1,5 Stunden. Die Teilnehmer/innen der Veranstaltung konnten sich frei auf die 6 Thementische verteilen. Nach einer Verweildauer von ca. 20 Minuten fand ein Tischwechsel statt. Insgesamt wurden drei Tischwechsel vorgenommen.

An jedem der Thementische wurde gemeinsam mit den Moderatoren und den Teilnehmer/innen zu den jeweiligen Themenschwerpunkten diskutiert. Alle Anregungen, Kommentare und Ergebnisse wurden schriftlich festgehalten.

Die Organisation sah wie folgt aus:

Organisation:

- 3 Runden a 20 Minuten (Steuerung durch die Moderation)
- max. 12 Personen an insgesamt 5 Tischen
- Ideen etc. werden auf die Tischdecken gekritzelt, gemalt, ...

Spielregeln:

- zuhören
 - mitteilen
 - Neues erfahren
 - andere Blickwinkel kennen lernen
 - Impulse
 - Anregungen
 - Motivation,
- ein Thema anzugehen
- kein Leistungsdruck, keine Zielvorgaben
- Ergebnis ist das, was sich ergibt!
- Die formulierten Fragestellungen dienen „nur“ zur Anregung der Gespräche
- keine ausufernden Diskussionen zu einzelnen Punkten
- keine Kritik zu bestimmten Äußerungen
- keine Killerphrasen



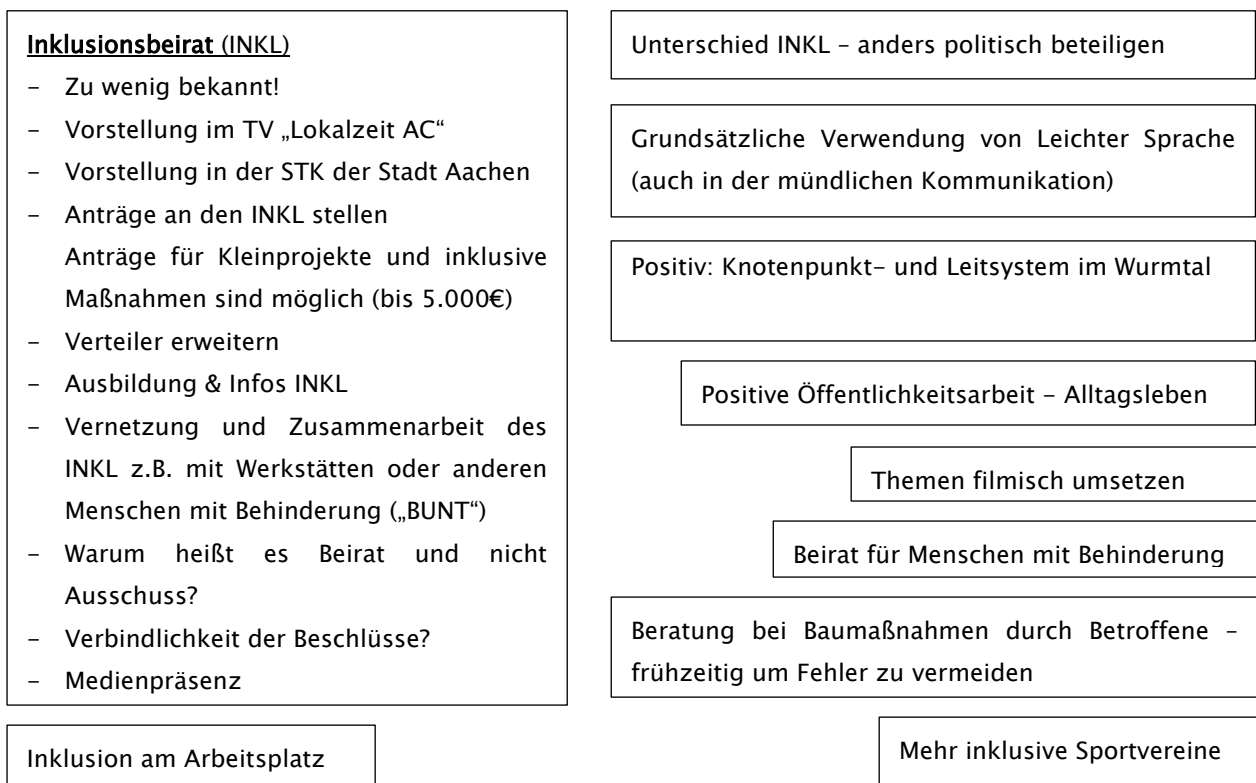
Tisch 1:	Inklusionsbeirat der StädteRegion Aachen
Tischgastgeber/-in:	Eva Malecha (Vorsitzende des Inklusionsbeirats der StädteRegion Aachen) und Jörg-Michael Sachse-Schüler (stell. Vorsitzender).

Ihr Tischthema:

„Wie kann politische Beteiligung aussehen: Verbandslobbyismus oder Parteiarbeit?!“

Ihre leitenden Fragestellungen:

1. Was gefällt Ihnen an dem Inklusionsbeirat?
2. Was stört Sie an dem Inklusionsbeirat?
3. Was für Ideen haben Sie für den Inklusionsbeirat?





Tisch 2: Behinderten- und Inklusionsbeauftragte der Kommunen

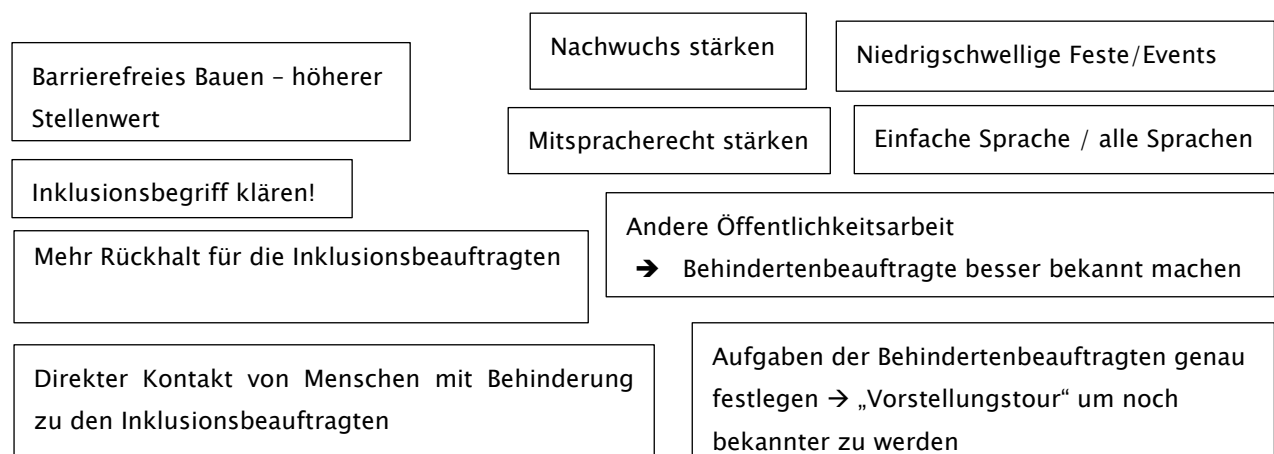
Tischgastgeber/-in: Ingeborg Jansen (Behindertenbeauftragte Stadt Aachen) und Lukas Franzen (Inklusionsbeauftragter Stadt Stolberg)

Ihr Tischthema:

„Wie sieht es in den Kommunen aus?!“

Ihre leitenden Fragestellungen:

1. Was gefällt Ihnen an der Arbeit des Behinderten- bzw. Inklusionsbeauftragten Ihrer Kommune?
2. Was stört Sie an Arbeit des Behinderten- bzw. Inklusionsbeauftragten Ihrer Kommune?
3. Was für Ideen haben Sie für die Arbeit des Behinderten- bzw. Inklusionsbeauftragten Ihrer Kommune?





Tisch 3: Aachener Medienlandschaft

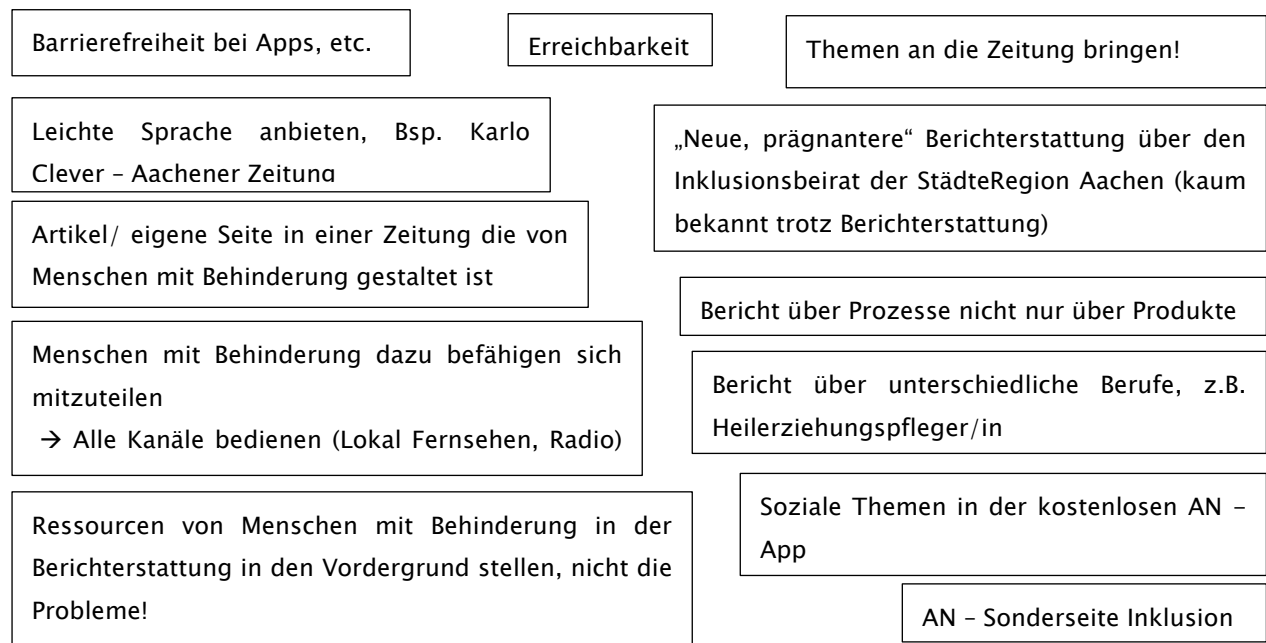
Tischgastgeber: Michael Grobusch (Aachener Zeitungsverlag)

Ihr Tischthema:

„Wie sieht die Beteiligung in den Medien aus? Betroffenheit, Mitleid, Vorzeige...immer in Sonderrollen“?

Ihre leitenden Fragestellungen:

- 1. Was gefällt Ihnen an der Berichterstattung über Menschen mit Behinderung?**
- 2. Was stört Sie an der Berichterstattung über Menschen mit Behinderung?**
- 3. Was für Ideen haben Sie für der Berichterstattung über Menschen mit Behinderung?**





Tisch 4:

Partizipation im Wohnort

Tischgastgeberinnen:

Astrid Taube (A 58)

Ihr Tischthema:

„Beteiligung in der Quartiersarbeit“

Ihre leitenden Fragestellungen:

1. Was gefällt Ihnen an der Beteiligung von Menschen in Ihrem Wohnort/Stadtviertel?
2. Was stört Sie an der Beteiligung von Menschen in Ihrem Wohnort/Stadtviertel?
3. Was für Ideen haben Sie für die Beteiligung von Menschen in Ihrem Wohnort/Stadtviertel?

Direkte Ansprache

Plakate

Barrierefreiheit

Menschen engagieren sich gerne ohne „Vereins“-Strukturen

Befragungen (bei festen Verteilern)

Infos im Super Sonntag für alle!

Infos da platzieren, wo die Menschen unterwegs sind (Bücher, Internet, Super Sonntag etc.)

Begegnungsräume schaffen!

- Barrierefreiheit!
- Öffentliche Plätze bewerben
- Bsp. Holland: vielmehr passiert auf den Straßen
- Z.B. Kiosk, Marktplatz, Straßen & Stadtteilstellen, Parks, Spielplätze etc.

Mut machen & selbst Verantwortung übernehmen!

Frustration durch fremde Strukturen
→ Anpassung an Systeme erforderlich

Mehr Anlaufstellen um helfen zu können
- Oft schwer in den Alltag zu integrieren
- Behindertenbeauftragte ansprechen

Partizipation braucht Infos über die Möglichkeiten (Wann & wo kann ich mich einbringen)



Tisch 5: Partizipation auf kommunaler Ebene:

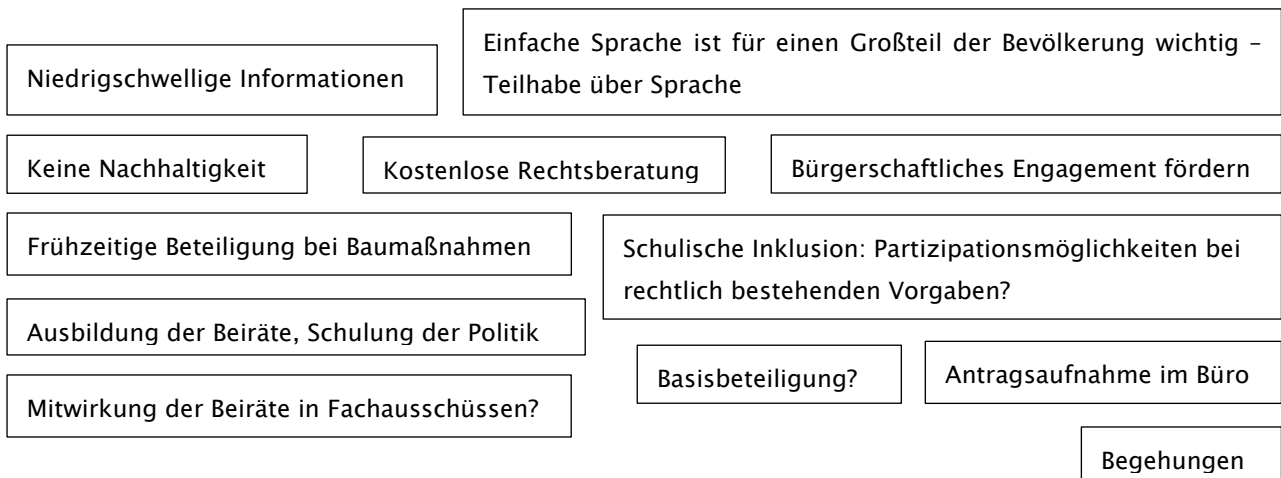
Tischgastgeber/in: Matthias Kempf (Universität Siegen) und Britta Möwes (LAG Selbsthilfe NRW)

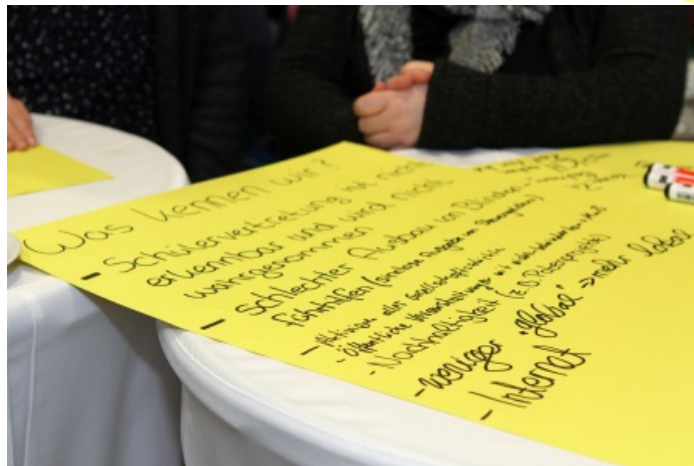
Ihr Tischthema:

„Wie unterstützt das Land NRW die Partizipation in den Kommunen?“

Ihre leitenden Fragestellungen:

1. Was gefällt Ihnen an der Beteiligung von Menschen in den Kommunen?
2. Was stört Sie an der Beteiligung von Menschen in den Kommunen?
3. Was für Ideen haben Sie für die Beteiligung von Menschen in den Kommunen?





Tisch 6:

Partizipation im persönlichen (Wohn-)Umfeld

Tischgastgeber/in:

Antje Rüter und Lucie Stern-Plümer (StädteRegion Aachen)

Ihr Tischthema:

„Wie sieht es in Ihrem persönlichen Umfeld mit den Möglichkeiten der Partizipation aus?“

Ihre leitenden Fragestellungen:

1. **Wie sehen Partizipationsmöglichkeiten in Schulen aus?**
2. **Was für Partizipationsmöglichkeiten sind im eigenen Wohnumfeld bekannt?**
3. **Was wird gewünscht?“**

Schule

- Schülervertretung (Aufgaben? Maßnahmen? Wer?)
- In der Ausbildung und Praxis Thema Partizipation aufgreifen
- Keine Zeit für individuelle Betreuung
- Hilfeplan in Heimen? (Werden diese in Heimen umgesetzt?)
- Projekte/ Zusammenarbeit zwischen Regelschulen und Förderschulen
- Zu wenig Zeit im Berufsalltag für psychisch-emotionale Bedürfnisse
- Individueller Einsatz der Menschen für Menschen

Wohnort

- In meinem Viertel ist nichts schön!
- Aktivierung aller Gesellschaftsschichten
- Öffentliche Veranstaltungen mit Menschen mit und ohne Behinderung
- Nachhaltigkeit (z.B. Patenprojekte)
- Gemischtes Wohnen
- Weniger „global“ mehr „lokal“
- Nutzung geeigneter Medien
- Begegnungsräume schaffen
- Barrierefreiheit bedenken

Partizipation beginnt an der Basis
→ Wertschätzung notwendig

4. Ergebnisse der Thementische

Die Schwerpunkte der Diskussionen an den einzelnen Thementischen wurden von den Moderatoren zusammengefasst und vorgestellt.

1) Inklusionsbeirat:

Am Thementisch des Inklusionsbeirates wurde zu der Frage „Wie kann politische Beteiligung aussehen: Verbandslobbyismus oder Parteiarbeit?!“ gearbeitet. Zunächst wurden den Teilnehmer/innen die Aufgaben und Funktionen des Inklusionsbeirates vorgestellt und bestehende Fragen thematisiert.

Als Anregung der Teilnehmer/innen kam der Aspekt der stärkeren Präsenz und Öffentlichkeitsarbeit auf. Des Weiteren wurde der Frage nachgegangen, in welcher Form sonst noch eine Beteiligung möglich ist.



2) Behinderten- und Inklusionsbeauftragte:

Am Thementisch der Behinderten- und Inklusionsbeauftragten aus der StädteRegion Aachen wurde zum Thema „Wie sieht es in den Kommunen aus?!“ gearbeitet. Hierbei wurde zu den Fragen "Was gefällt Ihnen, was stört Sie und was für Ideen haben Sie?" gearbeitet.

Die Präsenz der Behinderten- und Inklusionsbeauftragten vor Ort wurde hierbei als besonders positiv beschrieben. In den meisten Kommunen haben sie bereits einen Bekanntheitsgrad und nehmen die Anliegen der Bürger/innen ernst.

Als negative Aspekte wurden zum einen eine fehlende Öffentlichkeitsarbeit, geringe Präsenz der Behinderten- und Inklusionsbeauftragten in einigen Kommunen genannt. Zum anderen wurde ein geringer Bekanntheitsgrad bei Menschen, die nicht in Organisationen oder Selbsthilfegruppen mitwirken, angemerkt.

Als Anregungen und Ideen haben die Teilnehmer/innen Aspekte wie vermehrte Öffentlichkeitsarbeit, direkter Kontakt mit Menschen mit Behinderung (z.B. durch Besuche vor Ort) sowie ein stärkerer Rückhalt und ein stärkeres Mitspracherecht in den Kommunen genannt.

Zudem wurde angemerkt, dass die einzelnen Kommunen zunächst eine klare Definition des Inklusionsbegriffes erarbeiten sollten.



3) Aachener Medienlandschaft:

An dem Thementisch der Aachener Medienlandschaft wurde zu der Frage „Wie sieht die Beteiligung in den Medien aus? Betroffenheit, Mitleid, Vorzeige...immer in Sonderrollen“? gearbeitet. Von den Teilnehmer/innen wurde angemerkt, dass Inklusion in den Medien oftmals als ein Problem dargestellt wird. Hierbei wäre es förderlich, in den Medien vermehrt positive Beispiele von gelungener Inklusion zu zeigen.

Des Weiteren wurde der Wunsch geäußert, dass ein besserer und barrierefreier Zugang unter anderem zu Informationen und Zeitungen der Medienwelt geschaffen werden sollte. Beispielsweise wurde vorgeschlagen, die Rubrik „Karlo Clever“ der Aachener Zeitung auszuweiten. Dort werden derzeit Themen einfach erklärt und sind somit für eine Vielzahl an Menschen verständlich.

Um auf die unterschiedlichen Bedarfe von Menschen mit Behinderung eingehen zu können, soll es künftig eine stärkere Kooperation zwischen den Aachener Medien und dem Inklusionsbeirat der StädteRegion Aachen geben.



4) Partizipation im Wohnort:

An dem Thementisch wurde sich mit dem Thema „Partizipation im Wohnort“ und der Frage „Beteiligung in der Quartiersarbeit“ auseinandergesetzt. Aus den Ergebnissen dieses Tisches wurde deutlich, dass es Partizipation im Wohnort in vielen unterschiedlichen Formen und an vielen Orten gibt.

Zentrale Themen waren unter anderem

- das bürgerschaftliche Engagement,
- wie man sich beteiligen kann,
- das Thema Wohnen mit der Frage wie Menschen im Alter trotz einer Beeinträchtigung in ihrem Wohnort bleiben können,
- das Thema der Informationen mit Fragen wie man an Informationen gelangt,
- wo sind Begegnungsräume,
- wie ist ein niedrigschwelliger Informationsaustausch zu gewährleisten.

Die Teilnehmer/innen kamen zu dem Schluss, dass Partizipation viel Mut und eigene Verantwortung benötigt.



5) Partizipation auf kommunaler Ebene:

An dem Thementisch zum Thema Partizipation auf kommunaler Ebene wurde der Frage „Wie unterstützt das Land NRW die Partizipation in den Kommunen?“ nachgegangen. Hier benannten die Teilnehmer/innen zunächst konkrete Probleme. Anschließend wurde darüber diskutiert, wie sich jeder individuell einbringen kann (z.B. Interessensvertretung) und auf welchen unterschiedlichen Ebenen Partizipation stattfinden kann.

Es wurden die Wünsche formuliert, dass Experten bereits in Planungsprozesse einbezogen werden und nicht erst wenn es zu spät ist (bsp. barrierefreier Bau) und das ein großes Interesse besteht, Prozesse mitzugestalten.



6) Partizipation im persönlichen (Wohn-)Umfeld:

An diesem Thementisch spielten die Themen „Schule“ und „Wohnort“ eine zentrale Rolle. Zum Thema Schule wurde intensiv mit Schüler/innen und Lehrer/innen über Partizipationsmöglichkeiten an Berufsschulen diskutiert. Dabei stellte sich heraus, dass das Organ der Schülervertretung keine zentrale Rolle im Schulalltag einnimmt und die Aufgaben bei vielen nicht bekannt sind.

Des Weiteren wurde angemerkt, dass im Berufsalltag keine zeitlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung stehen um z.B. im Betreuten Wohnen die Partizipation der Bewohner zu fördern und zu unterstützen. Dieses Thema sollte bereits im Rahmen der Ausbildung thematisiert und Lösungsansätze erarbeitet werden.

Von den Teilnehmer/innen wurde sich gewünscht, dass vermehrt Projekte zum Thema „Partizipation von der Basis“ initiiert und mehr Begegnungsräume für Menschen mit und ohne Beeinträchtigung geschaffen werden.

Zum Thema Wohnort wurde der Frage nachgegangen, was an dem eigenen Viertel in dem man lebt zu schätzen ist und wo bereits Partizipation stattfindet. In den unterschiedlichen Wohnorten und Quartieren sind häufig positive Veränderungen zu merken.

Öffentliche Plätze werden beispielsweise als Begegnungsräume gestaltet und somit wird eine Aufenthaltsqualität geschaffen, die gleichzeitig zum Informationsaustausch einlädt. Ebenso wurde festgehalten, dass bei der Partizipation im eigenen (Wohn-)Umfeld zunächst lokal gedacht werden sollte.



5. Informationen

5.1 Artikel 29 — Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen, und verpflichten sich,

- a. sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können, sei es unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter oder Vertreterinnen, was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden; unter anderem
 - i. stellen sie sicher, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet, zugänglich und leicht zu verstehen und zu handhaben sind;
 - ii. schützen sie das Recht von Menschen mit Behinderungen, bei Wahlen und Volksabstimmungen in geheimer Abstimmung ohne Einschüchterung ihre Stimme abzugeben, bei Wahlen zu kandidieren, ein Amt wirksam innezuhaben und alle öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit wahrzunehmen, indem sie gegebenenfalls die Nutzung unterstützender und neuer Technologien erleichtern;
 - iii. garantieren sie die freie Willensäußerung von Menschen mit Behinderungen als Wähler und Wählerinnen und erlauben zu diesem Zweck im Bedarfsfall auf Wunsch, dass sie sich bei der Stimmabgabe durch eine Person ihrer Wahl unterstützen lassen;
- b. aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können, und ihre Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu begünstigen, unter anderem
 - i. die Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen, und an den Tätigkeiten und der Verwaltung politischer Parteien;
 - ii. die Bildung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, die sie auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene vertreten, und den Beitritt zu solchen Organisationen.

5.2 Maßnahmen aus dem Inklusionsplan der StädteRegion Aachen

Arbeitsgruppe 4 „Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben“

Maßnahme 40	Schaffung eines politischen Gremiums „Inklusionsbeirat“ mit Verankerung in der Hauptsatzung der StädteRegion Aachen/ Kommunen
Maßnahme 41	Bestandaufnahme aller Teilhabe-Angebote für Menschen mit Behinderung in der StädteRegion Aachen
Maßnahme 42	Erstellung von Flyern, Informationsmaterial und Vorträgen in Leichter Sprache
Maßnahme 43	Öffentlichkeitsarbeit durch die Politik -Politische Mitwirkung bei Dialogveranstaltungen-
Maßnahme 44	Ermäßigung für Menschen mit Behinderung bei der Teilhabe an Kultur, Sport und Freizeitmaßnahmen
Maßnahme 45	Durchführung einer Sommerakademie „Inklusion für Menschen mit Behinderung“
Maßnahme 46	Abschluss einer Zielvereinbarung „Aachener Weg“

5.3 Inklusion – wie wir sie verstehen

Inklusion ist ein sehr weitgehender Begriff: gemeint sind alle Menschen egal welcher Hautfarbe, welcher Religionszugehörigkeit und unabhängig von ihren körperlichen, geistigen und sensorischen Fähigkeiten. Sie alle sollen das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft haben. Niemand soll ausgegrenzt oder separiert werden.

In der StädteRegion Aachen haben wir die Aufgabe erstmal etwas eingegrenzt. Wir, im A 58 –Amt für Inklusion und Sozialplanung –, konzentrieren uns auf die Menschen mit Behinderung. Das ist unser Schwerpunkt, der durch den politischen Beschluss des Städteregionstages beschrieben wird.

Für die weiteren Aspekte der Inklusion sind noch eine Reihe von Ämtern aktiv, zum Beispiel das Kommunale Integrationszentrum, das Schulamt, das Schulverwaltungsamt,

das Bildungsbüro, das Jugendamt, das Amt für soziale Angelegenheiten, das Amt für Altenarbeit und noch einige mehr.

5.4 Aufgabenschwerpunkte, Instrumente und interne Strukturen zur Umsetzung des Inklusionsprozesses

Da, wo die StädteRegion Aachen zuständig ist, wird das A 58 die Initiativen und Projekte der Ämter, die die Inklusion stärken und nach vorne bringen, unterstützen.

Ein Schwerpunkt des Inklusionsplans liegt auf dem Angebot von Fortbildungen und Qualifizierung sowie Vernetzungsarbeit zwischen den Angeboten und den Akteuren. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger öffentliche Einrichtungen und Dienste gleichberechtigt nutzen können. Eine inklusionsorientierte, bzw. barrierefreie Verwaltung stellt einen Mehrwert für alle dar. Damit das klappt, müssen alle Menschen mitmachen.

Dann weiß jeder:

**Jeder Mensch ist anders.
Das ist normal.
Und das ist gut so!**

5.5 Ansprechpartner/in

Bettina Herlitzius
Amtsleiterin
0241 / 5198-5800
Bettina.Herlitzius@staedteregion-aachen.de

Hartmut Buchbinder
Behindertenbeauftragter
0241 / 5198-2222
Hartmut.Buchbinder@staedteregion-aachen.de

5.6 bisherige Veranstaltungen und Dokumentationen

<i>Datum</i>	<i>Name der Veranstaltung/Fachtagung</i>
16.03.2013	1. Inklusionskonferenz
11.10.2013	2. Inklusionskonferenz
07.05.2014	Barrierefreiheit im ÖPNV – Mobilität für Alle
06.11.2014	Arbeit & Behinderung
17.04.2015	Selbstbestimmtes Wohnen – Wohnräume auch inklusiv
23.10.2015	Teilhabe für Alle
29.04.2016	Gesundheit und Pflege
13.01.2017	Partizipation

Die Dokumentationen zu unseren Veranstaltungen sowie unseren Inklusionsplan finden Sie auf unserer Internetseite:

www.staedteregion-aachen.de/de/navigation/aemter/amt-fuer-inklusion-und-sozialplanung-a-58

StädteRegion Aachen

Amt für Inklusion und Sozialplanung
Zollernstraße 10
52070 Aachen

Tel. 0241/5198-5800
Inklusionsamt@staedteregion-aachen.de

Texte	Lucie Stern-Plümer, A 58
Fotos	Peter Wery
Layout	Anke Engels, A 58
Druck	Druckerei der StädteRegion Aachen
Auflage	1. Auflage Februar 2017



Sie haben Fragen?

StädteRegion Aachen

Der Städteregionsrat

A 58 – Amt für Inklusion und Sozialplanung

Zollernstraße 10 • 52070 Aachen

Telefon 0241/5198-5800

Telefax 0241/5198-85800

inklusionsamt@staedteregion-aachen.de

Damit Zukunft passiert.

www.staedteregion-aachen.de